

Sauptgründe dafür sind die unerträgliche Sommerhitze, unter der die Arbeiter schwer gelitten haben, und das schlechte Brot. Alle diejenigen Industrien, die für die Verarbeitung des Bergbaues notwendig sind, müssen ihre Arbeitsleistung steigern. Notwendig ist aber besonders auch

die Verbesserung der Lebensführung der Arbeiter, für die das Spa-Abkommen ja gewisse Vorteile bietet. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft ihre Errungenschaften jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Kämpfe und die Errungenschaften der letzten Zeit nicht preisgeben will. Sie muß sich aber darüber klar sein, daß kein sozialer Fortschritt von Bestand ist, wenn der wirtschaftliche Boden dafür schwindet. (Lebhafte Zustimmung.)

Reichsernährungsminister Hermes:

Im Verlaufe der Spaer Konferenz ist auf Seiten der Alliierten unternehmbar der Wunsch hervorgetreten, dem deutschen Volke in seiner schwierigen Ernährungsfrage zu helfen. In der Ernährungsverbesserung für die Bergarbeiter spielt die Hauptrolle die sofortige Verbesserung des Brotes. Ich darf als meine Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß diese

Verbesserung des Brotes in allerhöchster Zeit möglich sein wird. Wir verfügen bereits wieder über 80 000 Tonnen Auslandsgetreide und haben gestern an Inlandsgetreide 6000 Tonnen erhalten, während wir bisher täglich nur mit 2 bis 3000 Tonnen rechnen konnten. Auch die Zufuhr aus dem Ausland stellt sich auf täglich 4 bis 5000 Tonnen. Es besteht also die nahe Möglichkeit, dem Wunsch nach Verbesserung des Brotes zu entsprechen. Der Redner schließt sich dem Appell des Reichswirtschaftsministers an die deutsche Landwirtschaft vollinhaltlich an. Der allgemeine Zusammenbruch ist nur vermeidbar durch gegenseitige Opfer für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft. (Lebhafte Zustimmung.) Die 30 Millionen Goldmark auf Grund von Artikel 2 reichen zu der notwendigen Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter nicht aus. Ueber die Bedingungen der Vorschlagszahlung ist noch nichts Näheres vereinbart, auch nicht über den Verwendungszweck im einzelnen. Grundsätzlich kann festgestellt werden: Das Spa-Abkommen gibt uns die Möglichkeit einer

wesentlichen Erleichterung der Ernährung

nicht nur durch die Erleichterung des Einkaufes, sondern auch eine Senkung der Preise für die eingeführten Lebensmittel. Es wird ein einheitlicher Plan für die Ernährungswirtschaft des künftigen Jahres zurzeit ausgearbeitet. Mit Hilfe der Vorschläge werden wir nicht nur die Einfuhr von Lebensmitteln vereinfachen, sondern auch die Einfuhr von Rohphosphaten für die Düngung und von Futtergetreide für den Wiederaufbau unserer Viehbestände. Die notwendige Senkung der Lebensmittelpreise hat die Voraussetzung einer Senkung der Preise der Düngemittel und der Futtermittel. Am Tage vor unserer Abreise in Spa habe ich noch den Vorschlag unterbreitet, mit größter Beschleunigung eine

Sonderkonferenz der Ernährungsminister Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Englands

zu veranstalten. Ich habe den Eindruck, daß unsere Anregung bei den Engländern auf fruchtbarem Boden gefallen ist. — Auf Antrag Wiffell werden dann die Verhandlungen vertagt, um den Gruppen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Aussprache über die gestrigen Regierungserklärungen.

Zur Geschichte des österreichischen Zusammenbruchs.

In der letzten Sitzung des österreichischen Ausschusses für Heerwesen berichtete Hg. Witternigg namens der Kommission zur Feststellung und Verfolgung militärischer Pflichtverlegungen im Kriege, danach sind die Ursachen des Zusammenbruchs der österreichischen Südwestfront im Herbst 1918 und der Gefangenennahme von mehreren hunderttausend Mann, sowie der unübersehbaren Materialverluste in den Schwankungen des Kaisers und des Armeoberkommandos zu suchen. Zuerst sei aus Baden ein Telegramm an der Front eingetroffen, den Waffenstillstand bedingungslos anzunehmen. Ein zweites Telegramm widerrief das erste. Auf Grund des ersten aber hatte die Armee die Feindseligkeiten eingestellt, während die Italiener sich ja nur verpflichtet hatten, auf 24 Stunden die Feindseligkeiten einzustellen und sofort die Verfolgung der zurückgehenden Truppen aufzunehmen. Deshalb gerieten so viele Regimenter in Gefangenschaft. Der Berichterstatter sagte hinzu: Das Armeoberkommando und der Kaiser haben durch die vorzeitig angeordnete Einstellung der Feindseligkeiten einen sehr schweren Fehler begangen und das Leid, das der Weltkrieg den Völkern beschied, noch ungeheuer vermehrt.

Es wird weiter die Frage aufgeworfen, ob nicht der Kaiser und seine Ratgeber etwa auch die rückströmenden Soldaten mehr fürchteten, als alles andere, und es mag vielleicht nicht mit Unrecht, aber im Unterbewußtsein der Wunsch in manchem Verantwortlichen entstanden sein die Truppen mögen besser jetzt überhaupt nicht zurückschreiten. (1) Der Berichterstatter schließt mit der Feststellung, die Verantwortung vor der Weltgeschichte falle auf den Kaiser. Kaiser Karl habe sofort nach der Thronbesteigung den Oberbefehl übernommen und ihn bis zur dritten Morgenstunde des 8. November 1918 fortgeführt. Er hat von seinen staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechten dreimal in einer Nacht direkt oder indirekt Gebrauch gemacht und jedesmal in einem anderen Sinne die vorherige Entscheidung widerrufen. In derselben Nacht

wichen der zweiten und dritten Entscheidung trat Kaiser Karl einen weiteren folgenschweren Schritt. Er übergab um 8 Uhr Uhr die Ernennung zum Armeoberkommandanten. Erz hat ihm um Uebertragung des Kommandos an Rüdow. Darauf ernannte Kaiser Karl Rüdow zum Armeoberkommandanten, abertrag aber Erz die vorläufige Führung des Oberbefehls. Aus dieser ganzen Situation geht hervor, daß Kaiser Karl sich seiner geschichtlichen Verantwortung voll bewußt war, sich derselben jedoch durch eine nicht sehr würdige Handlungsweise im letzten Augenblick entziehen wollte.

Stellung politische Redungen.

Der westpreussische Weichselstreifen will deutsch sein! Western fand im ganzen Weichselgebiet eine Massenfundgebung der Bevölkerung statt, um gegen die von den Polen erhobene Forderung auf Abtretung dieses Landstreifens an Polen Protest zu erheben. Es wurde eine dementsprechende Erklärung angenommen. Auch die polnische Bevölkerung, die am 11. Juli für Polen stimmte, beteiligte sich an dieser Erklärung.

Der bayerische Widerstand gegen die Entwaffnung. In den Besprechungen der Ministerpräsidenten der Länder in Berlin wurde der Plan der Regierung für restlose Entwaffnung der Zivilbevölkerung des Reiches angenommen. Die Auflösung der Einwohnerwehren soll nach den Erklärungen des bayerischen Ministerpräsidenten für Bayern nicht früher erfolgen, als bis andere Sicherheitsorgane geschaffen sind.

Die französische Bevormundung Bayerns. Wie dem B. L. aus München gemeldet wird, hat gestern im bayerischen Landtag der Vorsitzende der demokratischen Fraktion, Dr. Dirr, erklärt, die Fürsorge für Bayern gegenüber der preussischen Hegemonie, die der französische Gesandte als seine Aufgabe bezeichnet habe, sei abzulehnen.

Friede zwischen Litauen und Rußland. Ein drahtloses Telegramm aus Moskau bestätigt, daß der Friede zwischen Sowjetrußland und Litauen am 12. Juli in Moskau unterzeichnet wurde. Der Friedensvertrag garantiert die Unabhängigkeit Litauens von Rußland. Unmittelbar nach der Ratifikation des Vertrages werden die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder aufgenommen werden.

Die französischen Bergarbeiter und Spa. Wie Journal des Debats meldet, haben die französischen Bergarbeiterverbände in einer Delegiertentagung die in Spa den Deutschen auferlegten Rohstofflieferungsverpflichtungen für gerecht und billig bezeichnet. Sie warnen die deutschen Bergarbeiter im Interesse der Solidarität vor einer Sabotierung des Spaer Konferenzabkommens.

Die französischen Kriegskosten. Im französischen Senat wurde über die Kriegskosten berichtet. Diese haben 1918 den Höchstbetrag von 54 1/2 Milliarden Franken erreicht. In den sieben Monaten des Jahres 1920 haben die Ausgaben noch 25 1/2 Milliarden betragen. Insgesamt habe der Krieg für Frankreich 233 000 000 000 Franken gekostet.

Belgien für Aburteilung des früheren Kaisers. Echo de Paris meldet, die belgische Justizkommission hat am 19. Juli einen neuen Antrag an den Alliiertenrat gelangen lassen, der sich gegen einen Verzicht auf Aburteilung Wilhelms II. ausspricht und ein objektives Verfahren gegen den Exkaiser über die in Belgien auf seinen Befehl hin unmittelbar verübten Verbrechen an Leib und Leben der Einwohner fordert.

Bolschewismus unter den Arabern. Wie Telegramm aus London meldet, berichtet ein aus Damaskus zurückgekehrter englischer Journalist, daß der Bolschewismus unter den Arabern schnelle Fortschritte mache. Ein Sendschreiben von Lenin und Trotzki, welches die Unabhängigkeit der Araber anerkennt, wurde überall von der Bevölkerung gleich gelesen.

Don Stadt und Land.

Aue, 23. Juli 1920.

Eine Abordnung der Auer Betriebsräte beim Bürgermeister. Am 21. Juli 1920 ist, wie wir hören, eine Abordnung der Betriebsräte von Aue, bestehend aus den Herren Eckstein von der Firma Ernst Heider, Bartel vom Bleiarbeiterwerk, Jermisch von der Firma Gebr. Simon, Rein von der Firma S. Wölle, Linke von der Firma Wellner Söhne und Mäzner von der Firma Bochmann & v. Stein von Herrn Bürgermeister Hofmann empfangen worden. Es wurden eine Anzahl Fragen verhandelt aus dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung. Insbesondere brachten die Vertreter der Betriebsräte den dringenden Wunsch zum Ausdruck, daß die Zwangswirtschaft baldmöglichst abgebaut werde. Der Vertreter des Rates erklärte ihnen, daß dieser Abbau, — mit alleiniger Ausnahme der Brot- und Milchversorgung, — auch von der städtischen Verwaltung durchaus gewünscht und bei den zuständigen Stellen vertreten werde. Es wurde ferner eine mögliche Einschränkung der Tätigkeit des Kommunalverbandes gefordert, die als außerordentlich preisvertheuernd angesehen werde. Hierauf war zu erklären, daß dies mit dem Abbau der Zwangswirtschaft als selbstverständliche Folge eintreten werde. Die Verhandlung erstreckte sich weiter auf die Frage des Preisbaues. Der Bürgermeister versprach, hierüber mit den Vertretern der Geschäftswelt in Verbindung zu treten; diese haben ihre Bereitwilligkeit ja bereits zu erkennen gegeben, es werde sich gewiß Beachtliches erreichen lassen. Verhandlungen, die inzwischen eingeleitet worden sind, bestätigen die bei der Besprechung ausgesprochene Vermutung. Es ist zu hoffen, daß diese Entwicklung auch zur Aufrechterhaltung ruhiger Verhältnisse das Ihre beitragen werde. Klagen über mangelhafte Streckungsmittel des Brotmehles und schlechte Beschaffenheit des Brotes, die auch von anderen Seiten an den Stadtrat gelangt sind, werden an die zuständigen

Stelle mit dem dringenden Ersuchen um Abhilfe weitergegeben werden. Endlich erstreckte sich die Verhandlung auf den weiteren Ausbau der Preisprüfungsstelle. Die ausgesprochene Bereitwilligkeit, aus dem Atteile der Konsumenten die Preisprüfungsstelle durch eine Anzahl Arbeiter als Kontrollorgane zu verstärken, wurde begrüßt, denn sie entspricht einem Wunsche, der bereits in der letzten Ratssitzung zum Ausdruck kam und auch zu einer entsprechenden Beschlußfassung geführt hatte. Die Preisprüfungsstelle wird entsprechend ausgebaut werden.

Mühtermangel in Sachsen. Der sächsische Justizminister Dr. Harnisch hat den Vorsitzenden des Dresdner Anwaltsvereins gebeten, bei der Anwaltschaft dahin zu wirken, daß sich Anwälte zur Bearbeitung von Gnadenfällen und als selbständige Richter zur Verfügung stellen, da sich das Justizministerium in großer Notlage befindet. Es hat sich auch eine ganze Anzahl Anwälte dem Justizministerium zur Verfügung gestellt.

Die Viehzählung in Sachsen vom 1. Juni hat folgendes Ergebnis gehabt: Rinder unter drei Monaten 64 094 (gegenüber dem 1. März ein Plus von 12 107 gleich 23,89 Prozent), Jungvieh 105 764 (Minus 5805 gleich 5,20 Prozent), Bullen und Stiere 48 058 (Plus 2639 gleich 5,81 Prozent), Milchkuhe 361 803 (Plus 7293 gleich 2,05 Prozent), übrige Kühe und Färsen 39 365 (Plus 3692 gleich 8,87 Prozent), Rindvieh insgesamt 728 685 (Plus 11 982 gleich 1,67 Prozent), Schafe 114 152 (Plus 23 423 gleich 25,82 Prozent), Schweine 364 722 (gegenüber 1. 6. 19. ein Plus von 35 404 gleich 10,75 Prozent, gegenüber 1. 12. 14. ein Minus von 411 089 gleich 52,99 Prozent), Ziegen 475 280 (Plus 185 341 gleich 64,08 Prozent).

Zu dem Zustande im Baugewerbe, über den wir unsere Leser unterrichten, ist noch zu berichten, daß dem von uns schon erwähnten Abkommen die Arbeitnehmer-Organisationen in ganz Sachsen zustimmten, daß aber die Arbeitgeber den Schlichtespruch einstimmig abgelehnt haben. In der Lage selbst hat sich inzwischen nichts geändert.

Der Verein der Klein- und Mittelrentner Sachsens hat beim Wirtschaftsministerium darum nachgesucht, auch die alien oder erwerbsunfähigen Klein- und Mittelrentner bei Verteilung verbilligter Lebensmittel, Textilien, Schuhwaren u. dergl. die für die minderbemittelte Bevölkerung zugewiesen werden, bei Abgabe billiger Brennstoff, durch Ermäßigung der Gas- und Wasserleitungsgebühren usw. zu berücksichtigen. Das Wirtschaftsministerium hat anerkannt, daß sich die genannten Kreise gegenwärtig zum großen Teil in schwerer Not befinden und gibt daher den Kommunalverbänden anheim, dem Gesuche in gleichem Umfange zu entsprechen, wie das von Seiten des Finanzministeriums geschehen ist.

Lebensmittel für Aue am Sonnabend, den 24. Juli: Auf Reichsfleischarten, Reihe 3, 350 gr Frischfleisch einschließlich Frischwurst (Rinder die Hälfte); es folgt ein Pfund Frischfleisch 9,20 M. und ein Pfund Frischwurst 6,40 M. — Auf die Begleitartikelliste, Abschnitt Y 4, 90 gr Margarine zum Preise von 2.— M.

Ueber die Einziehung markenfrees Fleis- und Wurstwaren wird von Dresdner halbamtlicher Stelle folgende Bekanntgabe erlassen: In einem Ein Ministerverprechen — und was daraus geworden ist, überschriebenen Auftrage in Nr. 198 der Leipz. Neuest. Nachr. vom 21. d. M., wird der jetzt den Wirtschaftsminister Schwarz vertretende Arbeitsminister Heldt deshalb scharf angegriffen, weil trotz seiner in der Sitzung der Volkstammer vom 15. Juli 1920 abgegebenen Erklärung mit der Einziehung der sogenannten markenfrees Wurst- und Fleischwaren bis jetzt noch nicht vorgegangen worden sei. Die Maßnahme, auf die sich die Erklärung des Ministers Heldt bezieht, beruht auf einer Verordnung des Reichswirtschaftsministers zur Abänderung der bisher geltenden Einfuhrbestimmungen vom 23. 3. 20. Wenn die sich aus dieser Verordnung hinsichtlich des markenfrees Verkaufs von Fleisch- und Wurstwaren ergebenden Maßnahmen bis jetzt noch nicht durchgeführt worden sind, so liegt das daran, daß durch Verfüzung des Reichswirtschaftsministers an die ihm unterstehenden Behörden mit Rücksicht auf die bei Erlass der Verordnung bereits im Inland befindliche Ware zugunsten des Groß- und Kleinhandels eine gewisse Schonfrist gesetzt werden mußte. Nachdem diese Schonfrist am 15. Juli abgelaufen ist, sind nunmehr auch in Sachsen die nötigen Maßnahmen im Gange, um die Verordnung scharf durchzuführen. Auch in Sachsen werden also demnächst alle sogenannten markenfrees Fleisch- und Wurstwaren eingezogen werden.

Verlängerung der Einfuhr für holländische Frühkartoffeln. Da die Erwartung auf eine besonders frühzeitige Frühkartoffelernte nicht erfüllt ist, erscheint es im Interesse der Kartoffelversorgung, namentlich des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, geboten, die bisher bis zum 20. Juli erfolgte Freigabe der Einfuhr von Frühkartoffeln aus Holland und den übrigen angrenzenden westlichen Ländern bis zum 31. Juli zu verlängern. Die Frühkartoffelstelle wird daher Einfuhrgenehmigungen, wie bisher, auf Antrag mit der Maßgabe erteilen, daß nach dem 31. Juli Wagen nicht mehr über die Grenze gelassen werden. Die durch das Einsetzen des freien Handels hervorgerufene stürmische Nachfrage auf den holländischen Märkten hat eine sehr erhebliche den deutschen Konsum belastende Preissteigerung bewirkt, gegen die auch die holländische Regierung durch vorübergehende Grenzsperrung eingeschritten ist. Diese Erscheinung macht es erforderlich, daß gegen eine Wiederholung solcher Preistreiberischen Vorzüge getroffen wird. Die von der holländischen Regierung gegebenen Ausfuhrkonzessionen werden daher fortan durch die Hand einer von der Frühkartoffelstelle im Haag eingerichteten unabhängigen Stelle an die einführenden Händler ausgehändigt werden. Die Aushändigung wird davon abhängig gemacht werden, daß ein bestimmter Preis auf den Bestlings (Auktionsmärkten) eingehalten wird. Dieser Preis wird von der Haager Stelle in kurzen Zwischenräumen, je nach der Marktlage, festgesetzt und den Interessenten bekanntgegeben. Gleichzeitig wird die Frist für die Einfuhr italienischer und spanischer Frühkartoffeln ebenfalls bis zum 31. Juli 1920 verlängert.

Hand...
Jahres...
raum...
Bepaf...
Rum u...
die W...
fest...
die no...
B o c h...
handel...
Butter...
im Be...
kauf...
f ä n g...
aus der...
D...
stahl...
waren...
der 28...
B e i t...
W a i l...
Fabrik...
44 J...
29 J...
Die b...
Die b...
Korb...
von er...
außer...
der G...
gemach...
Emil...
Erster...
f ä n g...
fortgef...
den G...
legten...
ter eign...
parate...
in der...
drachte...
je wurd...
Der Die...
nimmt...
W...
sische...
g e n t...
für Wol...
belzong...
lett me...
Sein W...
schle...
mit ein...
Aufbau...
16 000

Sport und Spiel.

Gauturnfest in Weierfeld.

Das auch in den gegenwärtigen Jahren seinen Höhepunkt im Leben hat, bewies das am 17. und 18. Juli in Weierfeld abgehaltene 19. Gauturnfest des 14. (Erzgeb.) Turnverbandes. Was hinsichtlich der Leistungen der einzelnen Turner und der Klassen, die auf den grünen Plan traten, geboten wurde, übertrifft alle früheren Veranstaltungen des Gau bei weitem. Zum erstenmal fanden in Verbindung mit dem Gauturnfest auch Wettkämpfe für die Jugend statt, an denen sich ungefähr 300 Jugendliche beteiligten. An dem Gauturnfest für die Mitglieder nahmen ebenfalls ungefähr 300 Turner teil. Nachdem am Sonnabend nachmittags eine Sitzung der Kampfrichter stattgefunden hatte, wurde das Fest mit Hapsenstreich und Begrüßung im Gasthof König-Alberturm eingeleitet. Ehrengauturnwart E. M. M. sprach in Vertretung des abwesenden 2. Gauvertraters G. M. M. Gleichzeitig mit dem 19. Gauturnfest, so führte er aus, begehrt der Gau die Feier seines 40jährigen Bestehens. In ehrenvollen und dankbaren Worten gedachte er des Ablebens des bisherigen 1. Gauvertraters, Oberlehrer Johannes Köpfer. Sodann kam es auf die Bedeutung und den Wert des Jahrsfesten deutschen Turnens zu sprechen. Gauturnwart F. E. M. sprach über die Bedeutung des Ehrengauturnwart E. M. M. für seine Verdienste um den Gau mit seiner Ehrenurkunde die Ernennung zum Ehrenmitglied im Sächsl. Turnverband. Es ist das erstmalig, daß der Kreisturnwart von diesem Recht Gebrauch gemacht hat. Der Vorsitzende des Weierfelder Vereins, Hr. E. M. M., verlas dann die Stiftungsurkunde für die Arthur-Niederstellung, die 10000 Mark beträgt und für den Bau eines Weierfelder Turnerschulhauses mit verwendet werden soll, und dankte der Familie Nier für diesen Akt hochherziger Gesinnung. Frauengauturnwart Lange kam auf die Bedeutung des Fraueturnens zu sprechen und forderte die anwesenden Frauen und Mädchen auf, sich am Turnen zu beteiligen. Umrahmt war die Ansprache von einem gutunterhaltenen Teil und von vorzüglichen turnerischen Vorführungen. Sonntag früh 8 Uhr erst wurde durch die festlich geschmückten Straßen des Ortes. Punkt 8 Uhr traten (einschließlich der Jugendturner, die etwas später auf dem Plan erschienen waren) 600 Turner zum friedlichen Streit um den schlichten Ehrentanz in drei Gruppen an. Gruppe A (Altersgruppe) umfaßte Turner im Alter von 40 Jahren aufwärts, Gruppe B ehemalige Gauvertrater und Gruppe C angehende Turner. In diesen 3 Abteilungen bestand der Wettkampf im 12-Kampf. Hervorragend schöne Leistungen konnte man gelegentlich dieses Wettkampfes beobachten. Während des Turnens konzentrierte eine Kapelle auf dem Platze, und auf allen Zugangsstrecken kamen auswärtige Vereine meist zu Fuß mit Gesang in den Festort einmarschierend. Um 1 Uhr mittag begab sich ein imposanter Festzug mit 49 Bahnen durch den Ort. Auf dem Festplatz wieder angekommen, begann sofort nach vorheriger Begrüßung und Ansprache die turnerische Arbeit wieder. In mehreren Wettkämpfen wurden Musterleistungen geturnt. Die vorgegebenen Mannschaftswettkämpfe mußten infolge vorgerückter Stunde ausfallen. Gauturnwart F. E. M., der das Gauturnfest erstmalig und mit Energie und Umsicht leitete, konnte am Abend die Sieger aus den Wettkämpfen nur den Turnernummer nach bekanntgeben und zwar auch nur für die Gruppen A, B und C. Nach der Siegerverkündigung zogen die Vereine ihren heimischen Penaten wieder zu.

M. Pokal-Endkampf.

Die Freunde des Rasensportes setzen hierdurch auf den am kommenden Sonntag auf dem Alemannia-Sportplatz am Brühlberg stattfindenden Pokal-Endkampf, Alemannia I — B. F. B. I. Auerbach I. B. aufmerksam gemacht. Das erste Spiel endete am Oster-Montag mit 3:3 und das Spiel wird am Sonntag seinen Fortgang nehmen bis zur Entscheidung. Alemannia wird diesmal mit einigen bedeutend besseren Kräften, der härtesten Elf zur Verfügung stehen, antreten; jedoch wird wohl auch Auerbach alles daran setzen, diesen kostbaren Ehrentitel zu erringen. Es verlohne also niemand, diesem viel versprechenden Endkampf fernzubleiben. Anfang 4 Uhr. — Vorher treffen sich noch Alemannia II und III und Eisenhof I und II. — Vormittag 10 Uhr spielen die Alten Herren Brunnshausen, Alemannia — B. F. B. Auerbach.

Gerichtssaal.

Eine eigenartige Butterverkaufsstelle.

In Buchholz fand der Schuhmann L. bei einer am 22. Januar dieses Jahres vorgenommenen Kontrolle des Bahnhofs im Vorraum des Abortes 20 bis 30 Personen beim eifrigen Handel. Gepackte Waren wurden verhandelt, darunter 40 Flaschen Rum und vor allem Butter. Der Schuhmann beschlagnahmte die Waren und stellte die Namen der Käufer und Verkäufer fest. Vor dem Chemnitzer Wuchergericht hatte sich deshalb die noch unbestrafte Mauerseherfrau Friederike Wilhelmine B. o. M. n. geb. Weißflog aus Lauter wegen Schleihhandels mit Butter zu verantworten. Sie hatte 9 1/2 Pfund Butter für 320 Mark eingekauft. Vermutlich sollte die Butter im Lebensmittelgeschäft der Tochter der Angeklagten verkauft werden. Das Urteil lautete auf drei Tage Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe; der Erlös aus dem Verkauf der beschlagnahmten Butter wurde eingezogen.

Des gemeinschaftlichen schweren und einfachen Diebstahls, der Anstiftung, Begünstigung und Hehlerei angeklagt waren vor der 2. Ferienstrassammer des Landgerichts Zwickau der 23 Jahre alte Fabrikarbeiter Johann Schmucl in Weierfeld, der 21 Jahre alte Maschinenarbeiter Waltherr Müller in Johanngeorgenstadt, der 17jährige Fabrikarbeiter Emil Schmucl in Zwittermühl, der 44 Jahre alte Schlosser Karl Bösch in Sosa und der 29 Jahre alte Postbote Guido Fischer in Weierfeld. Die beiden Schmucl, Müller und Bösch sollen wiederholt Diebstähle bei der Firma N. in Weierfeld verübt und dabei Karbidlampen, Petroleumkocher, Zinn, Handwerkszeuge usw. von erheblichem Werte entwendet haben. Bösch soll sich außerdem der Anstiftung hierzu und der Hehlerei, Fischer der Hehlerei und Emil Schmucl der Begünstigung schuldig gemacht haben. Die Verhandlung konnte nur hinsichtlich Emil Schmucl und Fischers zu Ende geführt werden. Ersterer erhielt drei Tage, letzterer eine Woche Gefängnis. Bezüglich der drei anderen Angeklagten sollen noch weitere Ermittlungen angestellt und die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Vermischtes.

Große Diebstähle in den Spandauer Reichswerken.

In den Spandauer Reichswerken ist man einem raffiniert angelegten Diebstahl auf die Spur gekommen. Ein Telefonarbeiter eignete sich bei seinen Arbeiten fortgesetzt kostspielige Apparate an. Seine Frau, die als Dienstmädchen bei einem in der Fabrik wohnenden Direktionsbeamten angestellt war, brachte das gestohlene Gut aus der Fabrik. Auf diese Weise wurden für 100000 Mark Apparate gestohlen. Der Dieb ist verhaftet und die gestohlenen Apparate beschlagnahmt worden.

Aushebung eines Millionenchwundisenerstes.

Die Vossische Zeitung berichtet über die Aushebung der Aufbaugentrale in Berlin-Schöneberg durch den Staatskommissar für Wohlfahrtspflege, eines Zweigunternehmens eines Schwundkonzerns, welcher die vaterländische Opferwilligkeit mißbraucht und Millionen erbeutet habe. Sein Rückgrat sei der sogenannte Zwickerverband Oberhesseln, der mit Oberhesseln nichts zu tun habe, aber mit einem großen Bureauapparat gearbeitet und sogar die Aufbaupartei gegründet habe, welche bei den Reichstagswahlen 16 000 Stimmen erhielt.

Prüfung zwischen Franzosen und Deutschen.

Gestern vormittag kam es in Berlin am Hotel Kaiserhof, Ecke Mauerstraße und Wilhelmplatz, zwischen drei französischen Soldaten und mehreren Jägern zu einer Prügelei. Nach den bisherigen Ermittlungen haben die Soldaten einen Bandbeamten angefallen. Ein Wortwechsel führte zu einer Prügelei, wobei der Bandbeamte einige Kratzen davontrug. Vor der inzwischen angewachsenen Menschenmenge schützten die Franzosen, nachdem einer von ihnen einen Schreikrampf abgeseuert hatte, ins Hotel Kaiserhof. Wie wir erfahren, ist der Vorfall nach einer Rücksprache mit dem französischen Kommandanten bereits beigelegt worden.

Deutschlands Kohlenverhältnisse.

In der Deutschen Bergwerkszeitung werden in einem Aufsatz von H. Heinzelbauer die Kohlenverhältnisse Deutschlands auf Grund des am Freitag getroffenen Abkommens von Spa wie folgt dargestellt:

Wir hatten nach Abzug der Saarförderung und des Sechselförderverbrauches für die Monate Januar bis Juni d. J. eine monatliche Durchschnittsförderung von 8,5 Millionen Tonnen. Von dieser Förderung lieferten wir bisher rund 800 000 Tonnen an den Verbund ab. Es verbleiben für uns also rund 7,7 Millionen Tonnen, von denen die Lieferung nach Holland und der Schweiz, für die wir lebensnotwendige Gegenstände erhielten, noch abzusetzen ist. Unter Zugrundelegung des Vorkriegsverbrauches beläuft sich der deutsche Kohlenbedarf innerhalb der jetzigen Grenzen auf rund 12,1 Millionen Tonnen monatlich. Bei Durchführung der jetzigen Vereinbarungen vermindert sich die uns zur Verfügung bleibende Kohlenmenge von 7,7 Millionen Tonnen um weitere 1,2 Millionen Tonnen. Es ergäbe sich als Deckung etwas mehr als die Hälfte unseres Bedarfs. Bei dieser Zahl ist aber zu berücksichtigen, daß wir teils zur Erfüllung der Bestimmungen des sogenannten Friedensvertrages und teils zur Ermöglichung der Einfuhr lebensnotwendigen Bedarfs an Polen, Deutsch-Oesterreich, an Holland, die Schweiz usw. noch Kohlenmengen ausführen müssen, die in ihrer Gesamtheit einen ziemlich beträchtlichen Umfang aufzuweisen haben. In Wirklichkeit kann also der deutsche Bedarf bei weitem nicht zur Hälfte gedeckt werden. Geholfen könnte uns nur werden durch erhöhte Arbeitsleistung der Bergarbeiterschaft. Ob und wie diese Zustände kommt, ist eine Frage für sich. Die Sachlage ist also die, daß in Zukunft Frankreich, England und Belgien (von Italien muß in diesem Zusammenhang abgesehen werden, da es immer ein Kohleneinfuhrland gewesen ist) geradezu in Kohlen schwimmen. Während Deutschland nicht einmal die Hälfte seines Bedarfs zur Verfügung hat. Dabei ist Tatsache, daß die Länder, mit denen wir jetzt angeblich im Frieden leben, auf die deutsche Kohlenlieferung nicht deshalb dringen, weil sie auf diese unbedingt angewiesen sind, sondern nur, weil sie mit ihr ein gutes Geschäft machen wollen. Der Temps, das französische offizielle Organ, hat aus dieser Absicht gar kein Hehl gemacht, denn er schrieb vor kurzem: Die Kohle wird für uns (nämlich für die Franzosen) nicht nur billiger sein als die Lieferungen unserer Verbündeten; sie wird vor allen Dingen unsere Baluta nicht belasten, da die Beträge nur buchmäßig auf die Wiedergutmachung verrechnet werden. Die jetzt vorgesehene Mehrbelastung fällt für den Verbund angesichts seines günstigen Balutastandes nicht so ins Gewicht wie für uns; im übrigen kommen die Beträge uns nicht direkt zugute. Wir haben vielmehr nur Nutzen in Gestalt von Lebensmitteln und Rohstofflieferungen, die uns der Verbund schon nicht zu niedrig berechnen wird.

Der Artikel schließt mit der Voraussage, daß die Benutzung von Millionen deutscher Erzeugnisse eine unbedingte Folge der Entziehung des notwendigen Kohlenbedarfes sein werde. Am Dorsont mache sich von verschiedenen Seiten her ein Wetterleuchten bemerkbar, das unbedingt zur Entladung kommen muß.

Letzte Drahnachrichten.

Lebensmittelfragen.

Berlin, 23. Juli. Wie verschiedene Blätter aus Halle melden, haben die Hotelbesitzer und Pensionäre in Sierke im Harz die Preise beträchtlich herabgesetzt, nachdem die Kurgäste mit dem gemeinsamen Fortzug gedroht hatten.

Berlin, 23. Juli. Ein in Heiligenstadt abgehaltener etatsmäßiger Bauerntag beschloß, die Kartoffelpreise auf 22 Mark und die Eierpreise auf 1 M. herabzusetzen.

Berlin, 23. Juli. Der Abordnung Dresdner Erwerbsloser, die in Berlin Beschwerde gegen die schlechte Lebensmittelversorgung Dresdens erhoben hatte, wurde laut einigen Blättern mitgeteilt, daß eine Preislenkung bevorstehe. Die Reichsregierung hoffe, auf Grund der von der Entente zu gewährenden Vorschüsse die ausländische Einfuhr von Lebensmitteln zu verbilligen und dadurch auch eine Senkung der inländischen Lebensmittelpreise herbeizuführen.

Berlin, 23. Juli. Wie das B. L. aus Dessau meldet, beabsichtigt die anhaltische Regierung, die Frauengewerkschaft für Fleisch und Kartoffeln aufzuheben.

Berlin, 23. Juli. Einer Blättermeldung aus Wörlitz zufolge kam es gestern Abend dort zu einer Kundgebung gegen die Lebensmittelsteuer. Mehrere Tausend Arbeiter zogen in geschlossenem Zuge zum Rathaus und sandten eine Abordnung zu dem Lebensmittelbezerger, der dann vom Balkon eine Ansprache hielt. Die Menge zerstreute sich hierauf ohne Zwischenfall.

Der Schwund der Aufbaugentrale.

Berlin, 23. Juli. Die Vossische Zeitung berichtet weitere Einzelheiten über die Aushebung der Aufbaugentrale und des Zwickerverbandes Oberhesseln durch die Kriminalpolizei. (Siehe Vermischtes. D. Red.) Aus

den beschlagnahmten Bahnen geht hervor, daß in etwa über Monaten 120 000 Mark zu angeblich vaterländischen Spenden gesammelt worden sind. Von diesem Betrag fanden sich nur noch 20 000 Mark vor. Von der ganzen Million ist nicht ein einziger Pfennig für die Unterstützung in Oberhesseln verwandt worden. Die Gelder floßen zum größten Teil in die Taschen der Geschäftsführer und der Kaufleute, welche Provisionen bis zu 40 vom Hundert bezogen.

Die Kohlenfrage in der Reichstagskammer.

Rom, 23. Juli. Der Minister des Auswärtigen, Graf Torza, erklärte in der Kammer in Beantwortung mehrerer Anfragen über die auswärtige Politik zur Kohlenfrage, nach dem Vertrage von Versailles hätte Italien Deutschland das Darlehen verweigern können, welches sich durch den Unterschied zwischen dem im Friedensvertrage festgesetzten Mindestpreis und dem wirklichen Preis ergibt. Über dann würden die deutschen Bergarbeiter nicht gearbeitet haben und man hätte, um Kohlen zu erhalten, das Ruhrgebiet besetzen müssen. Dies sei durch seine Vermittlung verhindert worden. Niemand sei vollkommen zufrieden gestellt von Spa weggegangen, aber keine der Großmächte sei vollkommen unzufrieden. Es hätten auch nicht neue Ersetzungen in den Annalen der Diplomatie gefehlt. So sei der Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet ausgelassen worden, um den Standpunkt seiner Arbeitsgenossen darzulegen, und man habe ihn mit Aufmerksamkeit und Achtung angehört. Im ganzen glaube er, sagen zu dürfen, daß Italien mit Spa zufrieden sein könne.

Polen in Rot.

Berlin, 23. Juli. Wie die Vossische Zeitung aus Warschau meldet, hat der polnische Landesverteidigungsrat beschlossen, den englischen Rat zu befolgen und ein Waffenstillstandsangebot direkt nach Moskau zu richten. Um dem Angebot größeren Nachdruck zu verleihen, soll ein Koalitionskabinet aus allen Sejmparteien gebildet werden unter besonderer Berücksichtigung der liberalen Bauernpartei und der Sozialisten.

Paris, 23. Juli. Die französische und die englische Regierung werden Kommissionen nach Polen zur Prüfung der dortigen Lage entsenden. Der englische Kommission wird der englische Botschafter in Berlin angehören.

Paris, 23. Juli. Die französische Mission, welche zur Prüfung der Lage nach Polen entsandt wird, besteht aus dem französischen Botschafter in Washington Jefferson, dem Generalstabschef des Marschall Joch, sowie dem Botschaftsrat Vignon vom Kabinet Millerand. Die englische Mission besteht aus dem englischen Botschafter in Berlin, Abernon, dem General Ratcliff und Sir Maurice Hanley, dem Leiter des politischen Sekretariates Lloyd Georges. Die beiden Missionen haben Mittwoch Abend Paris verlassen.

Paris, 23. Juli. Nach hier vorliegenden Meldungen erklärte der Finanzminister der Regierung des Generals Drangal, Bernackew, seine Regierung betrachte sich als rechtmäßige Nachfolgerin der legalen russischen Gewalt; sie war immer bereit, alle vom ehemaligen Rußland den auswärtigen Mächten gegenüber übernommenen Verpflichtungen anzuerkennen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

An Stelle des Ortsgesetzes vom 27. Mai 1908 über die Erhebung von Gebühren für Vornahme von Desinfektionen in Aue tritt nachstehende Gebührenordnung.

Aue, den 20. Juli 1920.

Der Rat der Stadt. — Vollgelobt.

Gebührenordnung

über die Erhebung von Gebühren für ausgeführte Desinfektionen.

1. Für die geleglich vorgeschriebene Desinfektion der Wohnungen und des Wohnungsinhaltes bei an Tuberkulose Erkrankten und Verstorbenen sowie für solche Desinfektionen, die anlässlich anderer ansteckender Krankheiten (Diphtherie, Croup, Gemischter, Scharlach, Masern, Keuchhusten) ärztlich angeordnet oder von dem Erkrankten oder seinen Angehörigen beantragt werden, erhebt der Stadtrat folgende Kosten:

a., 5,00 M. Gebühren für die Bemühung des Desinfektionsbeamten und für die Benutzung der Desinfektionsmittel, die volle Vergütung der verbrauchten Desinfektionsmittel. Die Kosten werden wie Gemeindeabgaben beigetrieben.

2. Gebühren werden vom Zahlungspflichtigen überhaupt nicht erhoben, wenn die Haushaltsangehörigen zulammen nicht mehr als 3000 M. Einkommen beziehen; sie werden nur zur Hälfte erhoben, wenn das Gesamteinkommen der Haushaltsangehörigen 6000 M. nicht übersteigt.

3. Die beim Auftreten von Lepra (Ausfall), asiatischer Cholera, Fleckfieber (Flecktyphus), Gelbfieber, Pest (orientalischer Beulenpest) und Pocken (Blattern) entstehenden Kosten fallen gemäß § 37 des Reichsges. v. 30. Juni 1900 (Rg. Bl. S. 314) in Verbindung mit § 16 der sächs. Aufw. Verordnung vom 12. Dezbr. 1900 (S. u. D. Bl. S. 971) der Gemeinde zur Last.

Aue, den 16. Juli 1920.

(L. S.) Der Rat der Stadt. — Vollgelobt.
Hofmann.

Ortstrankenkasse Aue.

Wir geben hierdurch bekannt, daß ein VI. Nachtrag zur Satzung unterm. Kasse erschienen ist, nach dem u. a. von heute ab das Krankengeld durchgängig in Höhe von 60 v. J. des Grundlohnes gewährt sowie die Warentschädigung für Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe durch Ehegatten und Kinder der Mitglieder auf 2 M. für die Konsultation und 3 M. für den Besuch erhöht wird. Weiter hat die Höchstgrenze für legerwähnte Warentschädigung und für Behandlungsbekosten bei Unterbringung von Familienangehörigen in Krankenanstalten eine Erhöhung auf 300 M. erfahren. Druckstücke dieses Satzungsnachtrages können in den nächsten Tagen an Kassenstelle in Empfang genommen werden. — Aue im Erzgeb., den 23. Juli 1920.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortstrankenkasse für Aue und Umgebung.
Wilfried Frigisch, Vorsitzender.

